Nummer 39
5. Dezember 2002
www.cdu.de

DOKUMENTATION

Wirtschaft und **Arbeitsmarkt**. Wir brauchen ideologiefreie und wirksame Lösungen

Rede von Ministerpräsident Erwin Teufel in der Sitzung des Bundesrats am 29. November

Selbst SPD-Länder verweigern die Zustimmung

Die Union hat am 29. November im Bundesrat die von der Bundesregierung geplante Arbeitsmarktreform gestoppt. Mit ihrer Bundesratsmehrheit riefen die unionsgeführten Länder in der Sitzung der Länderkammer zu weiteren Verhandlungen den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat an. Selbst mehrere SPD-geführte Bundesländer übten Kritik an Teilen des Hartz-Konzepts.

- Das sozialliberal regierte Rheinland-Pfalz stimmte mit der Union für den Vermittlungsausschuss.
- Schleswig-Holstein, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und die großen Koalitionen in Brandenburg und Bremen enthielten sich.

Es kommt mir wie eine Wiederholung vor, daß ich heute erneut vor Ihnen stehe und zu einem Gesetz spreche, mit dem die Bundesregierung versucht, die Arbeitsmarktlage zu modernisieren. Heute vor einem Jahr - fast auf den Tag genau - habe ich auch hier gestanden. Wir haben hier im Bundesrat damals über das Job-Aqtiv-Gesetz abgestimmt. Dieses Gesetz, meine Damen und Herren, wollte uns die Bundesregierung als die weitreichende strukturelle Reform verkaufen, auf die wir damals schon dringend gewartet haben. Aber wir warten noch heute darauf.

Arbeitsmarktreform steht immer noch aus

Was hat sich durch dieses Gesetz verändert? Damals sprachen wir von steigenden Arbeitslosenzahlen, von steigenden Sozialversicherungsabgaben und von stagnierendem wirtschaftlichem Wachstum. Und das ist das Fatale: Genau diese Themen beschäftigen uns auch heute noch, und mit noch schlimmeren Zahlen.

Und wieder liegen uns Gesetzentwürfe vor, von denen die Bundesregierung sagt, sie seien die Jahrhundertreform auf dem Arbeitsmarkt.

Die Empfehlungen der Hartz-Kommission, auf denen Ihr Gesetzentwurf beruht, sind doch eine einzige Kritik an vier Jahren rot-grüner Beschäftigungspolitik.

Sie haben noch vor einem Jahr die Deregulierung der Leiharbeit, die Umkehr der Beweislast bei der Zumutbarkeit von Arbeit, die Anhebung der 325-Euro-Grenze bei der Beratung des Job-Aqtiv-Gesetzes abgelehnt, ja sogar heftig bekämpft.

Jetzt machen Sie einen Salto mortale, eine beispiellose gesetzgeberische Kehrtwende.

Über das Arbeitslosengeld II wird durch die Hintertür die originäre Arbeitslosenhilfe wieder eingeführt.

Die Absetzbarkeit der Haushaltshilfe, von Ihnen als "Dienstmädchenprivileg" verspottet, führen Sie jetzt ein.

Beides haben Sie in der letzten Legislaturperiode abgeschafft.

Deutschland ist in einer desolaten Situation

Wo stehen wir heute, ein Jahr später?

Wir stehen heute vor einer Situation, wie wir sie in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht gehabt haben.

- Wir erleben ein Desaster in den öffentlichen Haushalten, als direkte Folge Ihrer Wirtschaftspolitik und Ihrer Steuerpolitik.
- Die Sachverständigen haben die Wachstumsraten und die Erwartungen für das Wachstum zum wiederholten Mal nach unten korrigiert. Sie haben 20 Vorschläge für Wachstum und Beschäftigung gemacht, die Sie nicht aufgreifen.

- Im Handwerk gehen innerhalb von zwei Jahren bis zu 600.000 Arbeitsplätze verloren. Mehrere Hunderttausend im Einzelhandel und in Kleinbetrieben. Die großen Unternehmen bauen Tausende Arbeitsplätze ab, die Telekom allein 20.000.
- Ende 2002 werden wir mit bundesweit über 40.000 fast ein Drittel mehr Unternehmensinsolvenzen als im Vorjahr haben.
- Schon im Februar 2003 wird sich die Zahl der Arbeitslosen in Richtung 4,5 Millionen bewegen.

Diese alarmierende Lage unserer Nation ist wahrlich ein Grund, Reformkonzepte vorzulegen, um das Ruder in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik endlich herumzureißen.

Allerdings, und auch das ist gleich wie vor einem Jahr, ich sehe in dem, was uns heute vorliegt, diese weitreichende Reform leider nicht. Nach wie vor haben wir ein mutloses und verzagtes Vorgehen der Bundesregierung.

Durch Ihre Gesetzentwürfe werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Sie verwalten den Mangel. Sie wollen eine schnellere Vermittlung. Sie belasten die Unternehmen mit zusätzlichen Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Sie setzen kein einziges Zeichen der Hoffnung für den Mittelstand, sondern verstärken die Mutlosigkeit und Resignation.

Große gesellschaftliche Herausforderungen

Die Bundesregierung scheint ernsthaft zu glauben, dass mit immer mehr Regulierung, immer mehr Tarifbindung und immer mehr staatlichen Interventionen der Arbeitsmarkt in unserem Land wieder in Ordnung kommt. Aber, das ist doch genau der Irrtum: Wir haben nicht zu wenig, wir haben zu viel Bürokratie!

Sie hören nicht auf den Mittelstand, sie hören auf die Gewerkschaften. Sie entlasten nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern legen beiden neue Lasten auf.

Und an dieser Stelle bin ich wieder ganz genau da, wo ich schon vor einem Jahr war: Schon damals habe ich gesagt, daß der Arbeitsmarkt unter dieser Bundesregierung bis zur völligen Bewegungslosigkeit reglementiert wird. Und seither sind wir keinen, aber auch gar keinen Schritt vorwärts gekommen.

Wir haben in Deutschland Arbeit, die von der Politik blockiert wird. An diesem Sachverhalt ändern die beiden Gesetzentwürfe, die uns heute vorliegen, nichts.

Das ursprüngliche Hartz-Konzept hatte einige gute Ansätze. Inzwischen ist es von der Bundesregierung durch den Einfluß der Gewerkschaften so verwässert worden, daß es selbst der Verfasser nicht wiedererkennt. Von wegen 1 : 1-Umsetzung. Herr Hartz distanziert sich davon.

Hartz-Konzept hatte gute Ansätze

Die wichtigsten Vorschläge der Hartz-Kommission fehlen. Um die Gewerkschaften zufrieden zu stellen, wurden Teile ganz weggelassen und andere verwässert.

Selbst das, was vom Hartz-Konzept noch übrig ist und sich jetzt in den vorliegenden Gesetzentwürfen wieder findet, geht in einzelnen Punkten durchaus in die richtige Richtung.

Ich nenne hier beispielsweise die Regelung zur beruflichen Weiterbildung oder

zur frühzeitigen Arbeitslosmeldung. Auch die Änderung im Teilzeit- und Befristungsgesetz oder beim Unterhaltsgeld ist akzeptabel.

Gesetzentwürfe werden Arbeitsplätze vernichten

Aber insgesamt helfen die Gesetze nicht wirklich weiter. Sie sind unausgegoren und bürokratisch und werden zum genauen Gegenteil dessen führen, was eigentlich beabsichtigt ist: Sie werden nicht Arbeitsplätze schaffen oder sichern, sondern Arbeitsplätze vernichten.

Arbeitsangebot fehlt

Die Vorschläge weisen außerdem einen strukturellen Fehler auf: Sie setzen nämlich ausschließlich am Arbeitsangebot an und sollen dazu beitragen, dass offene Stellen möglichst schnell wieder besetzt werden.

Arbeitslose können aber nur dann wieder in dem benötigten Umfang in Beschäftigung gebracht werden, wenn entsprechend viele Arbeitsplätze vorhanden sind. Angesichts von nicht einmal 400.000 offenen Stellen im Oktober und rund 4 Millionen Arbeitslosen ist erkennbar, daß die rot-grünen Gesetzentwürfe viel zu kurz greifen. Und das sagen nicht nur wir, das sagt auch der Sachverständigenrat.

Wir müssen durch Förderung des Wachstums und durch Entlastung der Wirtschaft, durch Forschung und Entwicklung, durch Existenzgründer und die Erschließung neuer Märkte neue Arbeitsplätze schaffen.

Halbierung der Arbeitslosenzahlen ist illusorisch

Mit Ihren Gesetzentwürfen ist die Halbierung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren genauso illusorisch wie die uns allen bekannte Aussage des Bundeskanzlers von 1998, die Zahl der Arbeitslosen bis Herbst 2002 auf 3,5 Millionen zu senken. Die neuen Zahlen von 2 Millionen sind ein noch größerer Schwindel als die prognostizierten 500.000.

Grundlage einer Politik für mehr Arbeitsplätze ist eine wachstumsorientierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit niedrigen Steuern und Abgaben sowie leistungsorientierten Anreizen in den sozialen Sicherungssystemen. Hierzu fehlt Rot-Grün Einsicht, Kraft und Mut.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einzelne Punkte der Gesetzentwürfe näher eingehen:

Personal-Service-Agenturen führen faktisch zu einer Verstaatlichung der Zeitarbeit

Die Personal-Service-Agenturen führen zu staatlich organisierter Leiharbeit, obwohl es eine große Zahl etablierter, wirtschaftlich arbeitender privater Zeitarbeitsunternehmen in Deutschland gibt.

Diese kommen durch die Personal-Service-Agenturen ganz eindeutig in einen Wettbewerbsnachteil und werden deshalb Arbeitsplätze abbauen. Wenn es gut geht, werden Teile davon durch staatlich subventionierte Arbeit ersetzt. Prof. Horst Siebert (Mitglied des Sachverständigenrates) trifft hier doch ins Schwarze, wenn er sagt, dass

dadurch ein marktwirtschaftlicher Ansatz durch Interventionismus verdrängt wird.

Das Brückengeld führt nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern unterminiert die Regelaltersgrenze von 65 weiter

Die Einführung des sogenannten Brückengeldes wird eine neue Vorruhestandswelle auslösen. Ich fürchte, dass insbesondere Großunternehmen dieses Instrument nutzen werden, um auf Kosten der Steuer- bzw. Beitragszahler Personal abzubauen. Angesichts der Situation unserer Sozialversicherungssysteme geht dies in die völlig verkehrte Richtung. Statt einer Absenkung der Lebensarbeitszeit müsste vielmehr dafür gesorgt werden, dass die Regelaltersgrenze von 65 tatsächlich erreicht wird.

Die jahrelangen Frühpensionierungen mit 60 Jahre, mit 55 Jahren, ja selbst mit 50 Jahren, haben sich doch nach allgemeiner Einsicht als gravierende Fehlentwicklung erwiesen. Sie haben zur Zerrüttung der Sozialversicherungssysteme und der Staatsfinanzen geführt.

Sie korrigieren jetzt nicht diese sichtlich falsche und verhängnisvolle Politik, sondern lösen eine neue Vorruhestandswelle aus.

Kastrierte Minijobs unterbinden die Schwarzarbeit nicht

Die Minijobs nur für den Bereich der privaten Haushalte sind ein völlig unzureichender Ansatz, um im Niedriglohnbereich zu mehr Beschäftigung zu kommen. Wie wird denn das begründet, dass viele Branchen, die eine Minijobförderung dringend bräuchten, von vornherein ausgeschlossen sind? Wie erklären Sie das der Gastronomie oder den Verlagen? Wie dem Handwerk und dem Einzelhandel?

Warum, so frage ich Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, warum folgen Sie hier nicht den Vorschlägen der Union, die wir heute in unserem "Kleine-Jobs-Gesetz" vorgelegt haben?

Ich-AG hat keine Anreizwirkung

Der Vorschlag, Arbeitslosen einen Existenzgründerzuschuss zu gewähren, ist grundsätzlich sinnvoll und gut. Gleichzeitig werden aber Beitragszahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung zur Pflicht gemacht. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass, was mit der rechten Hand gegeben wird, von der linken Hand wieder genommen wird. Das Ganze bleibt für den Einzelnen also ein Nullsummenspiel. Wo bleibt denn da der Anreiz? Wenn Sie wirklich Selbständigkeit fördern wollen, dann nehmen Sie doch das völlig unsinnige Scheinselbständigkeitsgesetz zurück!

Strukturelle Probleme werden nicht gelöst

Meine Damen und Herren, die eigentlichen strukturellen Probleme unseres Landes werden mit diesen Gesetzen nicht gelöst. Und so können wir davon ausgehen, dass ich in einem Jahr wieder hier stehe und wieder einen zwar im Ansatz richtigen, aber viel zu kurz greifenden Gesetzentwurf der Bundesregierung kritisiere, weil es wieder nicht geschafft wurde, die notwendigen, ordnungspolitisch

fundierten Reformen auf den Weg zu bringen, die unser Land so dringend braucht.

In einem Jahr aber wird die Arbeitslosigkeit noch höher, das Wachstum noch geringer, die Steuerlast noch größer, die Unternehmen noch größere Verluste schreiben, die Insolvenzen noch zunehmen, wenn nicht endlich eine Kurskorrektur erfolgt und das Richtige getan wird.

Wann, wenn nicht jetzt, angesichts der desolaten Situation unserer Wirtschaft und der verheerenden Stimmung und Lage des Mittelstandes?

Grundlegende Überarbeitung ist erforderlich

In der jetzigen Form können wir den Gesetzentwürfen nicht zustimmen. Wir bieten Ihnen an, Sie mit uns im Vermittlungsausschuß grundlegend zu überarbeiten.

Keine Blockade der Union

Die Union im Bundestag und die unionsregierten Länder im Bundesrat betreiben eine **konstruktive** Politik. Wir blockieren nicht, sondern wir bieten Alternativen. Allein in der heutigen Bundesratssitzung stehen zwei Gesetzentwürfe zur Abstimmung, die konkrete Alternativvorschläge enthalten, nämlich das Gesetz zur Aktivierung kleiner Jobs und das Gesetz zum Fördern und Fordern arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger und Arbeitslostenhilfebezieher. Weitere Vorschläge zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts bringen wir heute ein.

Jetzt liegt es an Ihnen: Zeigen Sie Einsicht! Blockieren Sie nicht! Gehen Sie unsere Wege mit! Stellen Sie nicht länger auf stur, nur weil die richtigen Vorschläge von uns kommen! Nutzen Sie die Chance des Vermittlungsverfahrens!

Essentielle Forderungen der Union

Lassen Sie mich einige wenige essentielle Forderungen der Unionsländer nennen:

1. Es muß sich lohnen, kleine Jobs anzubieten und anzunehmen. Das erreichen wir dadurch, dass wir die Steuer- und Sozialversicherungsabgaben sowie den bürokratischen Aufwand senken. Bis zu einem Einkommen von 500 Euro dürfen die Beschäftigungsverhältnisse deshalb nicht mehr der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Nur noch der Arbeitgeber soll hier eine Pauschalsteuer in Höhe von 20 Prozent bezahlen.

Zwischen 500 und 800 Euro Einkommen wollen wir den Arbeitnehmeranteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag vermindern. Dadurch werden die Arbeitnehmer entlastet.

2. Fördern und Fordern durch die stärkere Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung. So wollen wir erreichen, dass die Eingliederungschancen für Arbeitslosengeldbezieher und für Arbeitslosenhilfebezieher sowie für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger verbessert werden und Missbrauch vermieden wird. Wir wollen einen Eingliederungsplan durch das Arbeitsamt vorschreiben und die Zumutbarkeit verschärfen. Ein zusätzlicher Anreiz soll das in Baden-Württemberg erfolgreich erprobte Einstiegsgeld darstellen.

3. Wirtschaftbelastende Regelungen müssen abgebaut werden, und zwar beispielsweise

durch eine zeitlich befristete Nichtanwendung des Kündungsschutzgesetzes bei Existenzgründungen, die Zurücknahme des generellen gesetzlichen Teilzeitanspruchs, die Rücknahme der Begrenzungen von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und eine Novellierung des kosten- und bürokratieträchtigen Betriebsverfassungsgesetzes. Außerdem wollen wir eine Überprüfung sämtlicher Schwellenwerte in der Arbeitsgesetzgebung.

Zeit für Taten

In dieser wirtschaftlich schwierigsten Lage der Nachkriegsgeschichte brauchen wir ideologiefreie und wirksame Lösungen. Allein daran werden wir alle hier gemessen!

Die Menschen in unserem Land warten auf Hilfe und auf Zeichen der Hoffnung. Sie wollen Taten sehen!

http://

- **Gesetzesantrag des Freistaates Bayern: Entwurf eines Gesetzes zur Aktivierung kleiner Jobs (Kleine-Jobs-Gesetz) vom 29. Oktober. Drs. 803/02**

- **Gesetzesantrag des Freistaates Bayern: Entwurf eines Gesetzes zum Fördern und Fordern arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosenhilfebezieher (Fördern-und-Forden-Gesetz) vom 29. Oktober. Drs. 804/02**

www.cdu.de/Politik A-Z/Arbeitsmarkt

UNION IN DEUTSCHLAND—Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333.